

Protokoll
zum Seminar
Wohnort-nahe, Sozialraum-orientierte Versorgung und Betreuung
Hilfs- und Pflegebedürftiger
26.-27.06.2015
in Neuss

von:

Liesa Doktorowski, Tagungsleiterin

Nach der Begrüßung durch Liesa Doktorowski und Frau Dr. Mechthild Scholl erfolgte eine Vorstellungsrunde der gemischten Teilnehmergruppe. Neben Teilnehmerinnen mit politischem oder kommunalem Hintergrund waren auch Angehörige pflegebedürftiger Menschen sowie Vertreter aus dem Bereich des Wohnungsbaus vor Ort. Allen gemeinsam war ein großes Interesse am demographischen Wandel, verbunden mit dem Wunsch zu stärkerem Engagement für nachhaltige Wohnkonzepte, die den Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen gerecht werden.

Um einen umfassenden Überblick über die aktuelle und zukünftige Bedarfslage zu erhalten, stellte Herr **Prof. Dr. Alexander Karmann**, Seniorprofessor des Gesundheitsökonomischen Zentrums der Technischen Universität Dresden, die Ergebnisse seiner volkswirtschaftlichen Analyse zum Thema „Städtebau der Zukunft: Selbstständig Wohnen bis ins hohe Alter“ vor. Die Beantwortung von Grundfragen, z.B. gibt es einen konkreten Bedarf? wieviel brauchen wir? was ist aus Sicht der Sozialkassen sinnvoll? können nur aus einer Bundesland-spezifischen Erhebung hervorgehen, da die regionalen Unterschiede in Hinblick auf Bevölkerungszusammensetzung, vorhandene Wohnstruktur und Gesetzeslagen zum Teil erheblich differieren. Da die Nachfrage nur schwer ermittelbar ist, konzentrierte sich das Gesundheitsökonomische Zentrum der Technischen Universität Dresden in seiner Studie insbesondere auf den Bedarf und da-

mit auf die Frage, für welche Personen sich die Investition in die vorstationäre Wohnversorgung besonders lohnt.

Vor dem Hintergrund des doppelten Alterungsprozesses (wachsende Anzahl älterer Personen bei gleichzeitiger Abnahme der Geburtenrate) sind nicht nur Schätzungen entscheidend, wie viele ältere und pflegebedürftige Menschen zu erwarten sind, sondern auch die Höhe der Mehrbelastung für öffentliche Haushalte, Sozial- und Pflegekassen.

In der Studie von Prof. Dr. Karmann wurden daher 32 Zielgruppen unter der Berücksichtigung von drei Hypothesen betrachtet:

1. Status Quo Hypothese: klassische Ist-Analyse der vorhandenen Daten
2. Heimsog-Hypothese: Analyse der Daten unter der Prämisse, dass alle Menschen zuhause wohnen bleiben wollen und ggf. dort gepflegt werden
3. Kompressions-Hypothese: Analyse der Daten unter der Prämisse, dass alle Menschen gesund und fit sind, bis sie versterben

Zudem wurde der Bestand an vollstationären Pflegeplätzen errechnet, wenn die Entwicklung beständig bleibt.

Für den Bedarf in den Jahren 2010, 2030 und 2050 ergeben sich demnach folgende Ergebnisse:

1. im Status Quo Szenario: 3,4% aller Ein-Personen-Haushalte und 7,4% aller Zwei-Personen-Haushalte,
2. im Heimsog-Szenario: 5,0% vs. 10,4% und
3. im Kompressions-Szenario: 4,5% vs. 9,3%.

Das ermittelte Verhältnis von Ein- zu Zweipersonen-Haushalten beträgt dabei 35:65, bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 62-72m².

Für die Analyse im eigenen Bundesland sollten zudem die wohnraumbezogenen Kosten nach dem barrierearm-gerechten Umbau sowie die Minimalkosten für die Lebenserhaltung beachtet werden. Zur Ermittlung der Finanzierungslücke kann demnach folgende Formel genutzt werden:

Kosten Vollstationärer Bereich + zusätzliche Kosten: Lebenshaltungskosten (KV-Beitrag + PV-Beitrag) Renteneinnahmen

In Hinblick auf den ermittelten hohen Bedarf an ca. 100.000 barrierefreien Wohnungen bis 2030 und einem voraussichtlichen Pflegekräftebedarf von ca. 1,2 Mio. Personen, stellt sich abschließend die Frage, ob ein anderes Berufsbild mit anders ausgebildeten Pflegekräften erforderlich ist. So sind zahlreiche Zwischenberufe z.B. für die Ausführung technischer Kontrollmaßnahmen vonnöten.

Im Anschluss an die volkswirtschaftlichen Analysen von Prof. Dr. Karmann lieferte **Stefan Schwarz**, Fachbereichsleiter des Amtes für Stadterneuerung und Bodenmanagement, am Beispiel der Stadt Essen aktuelle Einblicke in die Möglichkeiten und Grenzen eines altersgerechten Stadtumbaus. Als Basis dafür dienten die Eckdaten der Stadt Essen:

- 574.000 Einwohner
- 125.000 Personen, die älter sind als 65 Jahre
- 160.000 Wohnungen (rund 50% des Bestandes) stammen aus den Jahren 1949-1970
- 17.000 Wohnungen stehen derzeit leer

An einen nachhaltigen Stadtumbau werden eine Vielzahl von Herausforderungen gestellt, die bei der Planung zu beachten sind:

- Zeitliche Ausdehnung der Altersphase,
- Verjüngung des Alters,
- Kulturelle Differenzierung des Alterns,
- Singularisierung des Alterns,
- Hochaltrigkeit,
- Feminisierung des Alterns,
- ambulante vor stationärer Betreuung und damit Teilhabe als wichtiges Thema auf der Quartiersebene

Beispielhaft für Rückbau von Infrastruktur ist das Wohnquartier Amixstraße in Altendorf, das von einem 60-70%igem Leerstand betroffen war. In

einem Großprojekt wurden dazu 182 Wohneinheiten abgerissen und durch einen Neubau von 60 Wohneinheiten (zu jeweils ca. 82m²) ersetzt. Spektakuläres Highlight war dabei die komplette Abtragung des ehemaligen Bahndammes und Anlegung einer Wasserfläche, um die Attraktivität des Standortes zu erhöhen („Wohnen am See“). Statt einer Arbeitsteilung wurde bei der Planung und Organisation eine alles vereinende Lenkungsstelle eingerichtet, um die Informationsvermittlung zu erleichtern. Zur Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ins Projekt wurden Baustellenführungen und Schulklassen-Exkursionen organisiert. Des Weiteren wurden im Stadtteil Informationsveranstaltungen zur Erklärung des Projektes bzw. zum Transport von Akzeptanz in die Gesellschaft durchgeführt. Um Konflikte mit den dort langjährig angesiedelten Kleingärtnern zu vermeiden, wurden diese nach Baugesetzbuch entschädigt. Im Untergeschoss der barrierefreien Neubauten konnten ein Restaurant und ein Tagespflegebereich eingerichtet werden. Zudem wurde bei den Dachgeschosswohnungen über die Klimaanpassung im Sommer und Winter nachgedacht, um den Bedürfnissen älterer Menschen nachzukommen. Die durch die Neubauten bedingte Verdopplung der Mietkosten und dadurch hervorgerufene Gentrifizierung war bewusst zur Durchmischung des Stadtteils eingeplant worden.

Durch den Attraktivitätszugewinn des Stadtteils haben sich inzwischen Bürgerinitiativen gebildet, die sich für die Sauberkeit in Altendorf engagieren. Über einen Schaukasten als schwarzes Brett im Zentrum des Stadtteils können die Anwohnerinnen und Anwohner ins Gespräch kommen. Zusätzlich wird das Ehrenamtliche Engagement durch die Allbau AG bewusst gefördert. Das sog. IdEE Beratungsnetzwerk zielt besonders auf die Innovation durch Einzeleigentümer ab. Für die zielgerichtete Unterstützung und Beratung der Einzeleigentümer wurden Befragungen durchgeführt, verschiedene Fassadenprojekte in Gang gesetzt und ein Modernisierungsstammtisch mit Abendvorträgen eingerichtet.

Neben dem erfolgreichen Umbauprojekt in Altendorf betreut die Stadt Essen derzeit weitere Projekte wie das Quartier der Generationen in der Germaniastraße. Unter dem Motto „Grünflächen, Wohnungen, Gesundheit

und Bildung“ arbeiten dort die Stadtanalyseabteilung, die Arbeitsgruppe Nutzer, die Arbeitsgruppe Bebauung sowie die Arbeitsgruppe Infrastruktur eng zusammen, so dass Workshop-Ergebnisse, Expertenwissen und Lebenserfahrung zusammenfließen können.

In Essen-Borbeck wurde in einem weiteren Projekt der Krankenhauspark umgestaltet. Dazu wurde die Anlage begrünt und sichtlich geöffnet, Trimm- und Spielgeräte für Kinder und Erwachsene angeschafft und ein Aufenthaltsplatz für Jugendliche eingerichtet. Bei der Finanzierung bedarfsorientierter Projekte ergibt sich allerdings für Kommunen, die einem Zwangshaushalt unterliegen, die Schwierigkeit, bei Verkäufen das günstigste, aber vielleicht nicht immer zweckmäßigste Angebot annehmen zu müssen.

Einen Einblick in die Herausforderung von Barrierefreiheit in einer Wohnungseigentümergeinschaft und die Besonderheiten bei der Weiterentwicklung und Sanierung von Eigentumswohnanlagen bot anschließend der Vortrag von **Astrid Schultheis**, IHK Sachverständige für Wohnungseigentumsverwaltung und Mitglied im Verband der Nordrhein-Westfälischen Immobilienverwalter. Die Sanierung von Wohnungseigentum stellt oft eine besondere Herausforderung dar. Beispielsweise sollte bei der Planung berücksichtigt werden, dass kulturelle Unterschiede und Interessen eventuell einer Einigung in Bezug auf eine Fassadenerneuerung im Wege stehen können. Viele Eigentümer tendieren nämlich dazu, ihre Renovierungsideen auf die eigenen vier Wände zu beschränken, anstatt die Außenwirkung zu berücksichtigen. Der Verwalter könnte theoretisch die Beratung, Koordination, Planung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen übernehmen, erhält allerdings dafür keinerlei extra Vergütung. Zudem fehlen vielen Verwaltern die nötigen Kompetenzen dafür, da bisher für den Beruf des Verwalters keine Qualifizierungen erforderlich sind. Der Verwalterverband wirbt daher dafür, dass die Politik bei der Zielsetzung auch daran denkt, den Aufwand des Verwalters zu vergüten bzw. diesen Beruf durch erforderliche Qualifikationen aufzuwerten.

In Deutschland gibt es derzeit 9 Millionen Eigentumswohnungen (wie viele davon selbstgenutzt sind, wurde bisher nicht statistisch ermittelt), davon gehören 1,8 Millionen Wohnungen zu Wohnungseigentumsgemeinschaften. Viele diese Wohnanlagen bringen großes Potential für altersgerechtes Wohnen mit, das noch optimiert werden kann, damit die Bewohner so lange wie möglich selbstbestimmt leben können. Beispielsweise sind in vielen Wohnungseigentumsgemeinschaften (WEG) Fahrstühle bereits vorhanden und müssen nicht extra eingebaut werden. Nachteile ergeben sich aus unattraktiven Hochhausanlagen, die nicht energetisch saniert wurden sowie aus hohen Instandhaltungskosten, da keine angemessene Instandhaltungsrückstellung vorhanden ist oder aufgrund der finanziellen Lage der Eigentümer erwartet werden kann.

Beispielhaft für die Ausgangslage vieler WEGs, ist die Großwohnanlage „Köln-Junkersdorf“ mit ihrem Dorfcharakter: hier findet man eine große Spannbreite an Wohnungspreisen, die Angst, dass die eigenen Wohnungen im Wert absinken könnten sowie ein Objekt im gepflegten Zustand in guter Lage. Das aktive Leben vor Ort ist vorhanden, allerdings ist die junge Generation nicht nachgereift. Als besondere Herausforderung kommen die brachliegenden Gewerbeflächen hinzu, deren Nutzbarkeit noch unklar ist.

Ein weiteres Praxisbeispiel bietet Brühl-City, bestehend aus 155 Wohnungseinheiten mit größtenteils Selbstnutzern, Baujahr 1972. Der Definition nach (30 Jahre plus) fällt dieses bereits in den Altbaubereich. Barrieren waren vor allem im Kleinen zu finden, beispielsweise ließen sich die Türen der Fahrstühle nur schwer öffnen. Im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen wurde schließlich der Eingangsbereich umgebaut sowie ein Treppenlift installiert. Für die im Erdgeschoss befindliche Gewerbefläche konnte eine Sozialstation gewonnen werden, die soziale Dienste und Pflegedienste übernehmen kann. Ein Hausmeisterservice bietet zudem Reparatur- und einfache Hilfen für ältere Menschen an. Die WEG hat während des gesamten Projektes keine Förderungen erhalten, sondern alle Maß-

nahmen aus eigenen Mitteln finanziert. Ggf. hätte die Möglichkeit einer Darlehensaufnahme bestanden, dies war aber nicht gewünscht.

Schlussendlich ist das Funktionieren der Konzepte zum barrierefreien Umbau immer von dem Engagement der WEG abhängig. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wie die betreffende WEG „tickt“, welche Wünsche und Bedürfnisse sie hat. Zudem gehört die Konzeptentwicklung normalerweise nicht zu den Aufgaben des Verwalters - es geht also nur miteinander! Ein erster Schritt zur Anregung eines barrierefreien Umbaus oder zur Gestaltung anderer Neuerungen (z.B. eine Erweiterung der Aufgaben des Hausmeisterdienstes) ist die Aufnahme als Themenpunkt auf die Tagesordnung bei den Eigentümerversammlungen.

In der Zukunft sollte auch über Zuschüsse nachgedacht werden, damit die Objekte wirtschaftlich interessant bleiben. Schließlich werden diese in der Zukunft nötig sein! Eine gute Möglichkeit wären beispielsweise steuerliche Anreize durch Abschreibungen.

In einer Gruppenarbeit mit **Susanne Tyll**, Geschäftsführerin von „Beratung, Fortbildung, Projektentwicklung“ und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Wohnberatung NRW, wurde am Abend über wirkungsvolle Maßnahmen zum Verbleib im Quartier diskutiert. Wohnumfeld und Quartiersentwicklung werden immer wichtiger. Denn, was nutzt eine barrierefreie Wohnung, wenn das Wohnumfeld nicht stimmt? Derzeit wohnen 93% der Menschen über 60 Jahre in ganz normalen Wohnungen, dies betrifft $\frac{3}{4}$ der über 90 Jährigen und $\frac{3}{4}$ der demenzerkrankten Personen. Jede/-r 12. Bürger/-in weist einen Behinderungsgrad von 50% und mehr auf. Trotzdem stellen barrierefreie Wohnungen mit weniger als 2% nur einen sehr geringen Anteil der Wohnungen in Deutschland dar. Bezogen auf NRW sind 100.000 von 8 Millionen Wohnungen derzeit barrierefrei. Nach Angaben der Bundesregierung werden in Deutschland damit insgesamt zusätzlich ca. 3.000.000 (in NRW ca. 600.000) barrierearme oder -freie Wohnungen benötigt. Privat werden meist viele Pläne, z.B. zur Einrichtung von Gemeinschaftswohnungen gemacht, tatsächlich setzen aber die Wenigsten

diese Pläne um. Die Freiheit der eigenen Wohnung bietet jedoch ein Höchstmaß an Lebensqualität, das ebenso wenig wie der menschliche Kontakt nur schwer durch andere Maßnahmen ersetzt werden kann.

Im Rahmen des Projektes „Im Quartier bleiben - Nachbarschaft leben“ arbeiten drei Teilnehmergruppen zusammen, um das Quartier altengerecht zu gestalten:

- a) der Evangelische Seniorentreff Duisburg-Ostacker, das DRK Familienhilfezentrum/Integrationsagentur Duisburg-Bruckhausen und die Entwicklungsgesellschaft Duisburg,
- b) die Caritas-Begegnungsstätte Alt-Erkrath, CBT Erkrath sowie das Haus Bavier Erkrath und
- c) der AWO Kreisverband Mönchengladbach, GWSG Mönchengladbach-Wickrath sowie der ev. Gemeindeladen.

Zur konkreten Bedarfsermittlung wurde eine Befragung durchgeführt, die sich auf 35 anhand ihrer unterschiedlichen Pflege-Bedürfnisse ausgesuchten Teilnehmerinnen und Teilnehmer konzentrierte. Da 87% der Bewohnerinnen und Bewohner von Bruckhausen über einen Migrationshintergrund verfügen, wurde diese Personengruppe in der Befragung besonders berücksichtigt. Die Ergebnisse wurden anschließend der Öffentlichkeit vorgestellt und auf der Plattform der drei Teilnehmergruppen diskutiert. Zur Einbeziehung von jungen Menschen in das Projekt wurden Schulseminare organisiert, bei denen die Schülerinnen und Schüler mit Rollstühlen und Rollatoren ausgestattet wurden, um die Barrierefreiheit der Umgebung zu erkunden. In den Projektergebnissen wurden besonders fehlende Sitzgelegenheiten und öffentliche Toiletten als Problem erkannt. Auch der Öffentliche Nahverkehr erreichte in der Bewertung der Barrierefreiheit nur sehr schlechte Ergebnisse. Hier seien landesweit funktionierende Systeme und - besonders in hügeligen Landschaften - Bürgertaxis erforderlich, die die betroffenen Personen direkt vor den Haustüren abholen können. Die Beibehaltung von Mobilität von körperlich eingeschränkten Personen ist

auch aus finanzieller Sicht erstrebenswert: jährlich werden in NRW zirka 100.000 Betroffene neu in die Pflegestufe 1 eingestuft. Wenn diese Menschen nur einen Monat später in die Pflegestufe 1 eingestuft werden könnten, bedeutete dies bereits eine Einsparung von 45-50 Millionen Euro!

In der an den Vortrag anschließenden Gruppendiskussion wurden zudem folgende Fragen diskutiert:

- Welche Erfahrungen haben Sie mit Quartiersarbeit gewonnen?
- Was würden Sie gern in welchem Quartier umsetzen?
- Wie finden Sie Partner für die Quartiersentwicklung?
- Welche Rahmenbedingungen sind nötig?

Am Morgen des folgenden Seminartages informierte **Silvio Schulz**, Geschäftsführer der Agentur ServiceFee, über die Möglichkeiten und Grenzen von Angeboten zur Haushaltshilfe im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit zum Verbleib in der eigenen Häuslichkeit. Seit Gründung der Agentur ServiceFee im Dezember 2011 zeigte sich der Bedarf und die Nachfrage an Haushaltshilfen in überwältigendem Maße, sodass die Agentur wachsen konnte und die Einstellung weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorantreiben konnte. Seither zeigt sich vor allem die Mitarbeitergewinnung als Problem. Nach einer Kooperation mit Lizenzpartnern zur Gewinnung von Men-Power, folgte die Entscheidung, dass zukünftig ein weiteres Wachstum aus Qualitätsgründen nur mit Eigenpersonal realisiert werden könne. Inzwischen konnten auf diese Weise 15 Mini- und Midi-Jobber beschäftigt werden. Hauptproblem ist hier allerdings das niedrige Lohn- und Gehaltsniveau, das in der öffentlichen Wahrnehmung zu einem schlechten Image der Berufsgruppe führt, trotz bemerkenswert hohem Grad an Aufwand und Flexibilität, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufbringen müssen. Um der Schwierigkeit der Mitarbeitergewinnung entgegenzuwirken, wird daher auf Maßnahmen der Mund zu Mund Propaganda, Kilometer- und Benzingeld sowie eine gute Work-Life-Balance (das Wochenende wird respektiert) geachtet.

Angeboten werden vor allem haushaltsnahe Dienstleistungen, wie: Reinigung, Einkaufen oder die Ermöglichung von Teilnahme am öffentlichen Leben wie Spaziergänge. Anfragen erhält die Service Agentur bisher allerdings vorwiegend von Seiten Vollzeitbeschäftigter, die hauswirtschaftlich entlastet werden wollen. Bezüglich niedrigschwelliger Betreuungsangebote ist vor allem der rechtliche Hintergrund zu berücksichtigen: laut Sozialgesetzbuch 11 (Pflege), §45 müssen niedrigschwellige Angebote in NRW von der Bezirksregierung alle 5 Jahre geprüft und genehmigt werden. Nach Kontaktaufnahme der Agentur ServiceFee zur Bezirksregierung Düsseldorf sind bisher alle Antragsverfahren gescheitert, da die Fachkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur nicht gewährleistet sei. Eine Weiterqualifizierung im Pflegebereich lehnen allerdings die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur ab, da diese aufgrund der Betreuung der eigenen Kinder nur niedrigschwellige Arbeiten ausführen wollen. Hier bestehen auch Definitionsprobleme, da insbesondere niederschwellige Angebote für den Normalbürger nur schwer verständlich seien und die Überschneidungen mit komplementären Diensten unklar ist.

Obwohl das Nachfragepotential mit ca. 22% groß ist, darf die Agentur ServiceFee ohne Lizenz derzeit Pflegestufeninhabern keine Angebote unterbreiten. Damit steht dieses Angebot nur gut situierten Personen zur Verfügung, die die nötigen Mittel haben, die Agentur aus eigener Tasche zu bezahlen. Auch wenn die Dienste zu 20% steuerlich absetzbar sind, sind diese Kosten zum Teilerheblich, da freie Marktteilnehmer – im Gegensatz zu den Wohlfahrtsverbänden - der vollen Umsatzsteuer unterliegen.

Die praktische Erfahrung von Herrn Schulz zeigt zudem, dass die Leistungsgrenze im sozialen Bereich für niedrigschwellige Angebote, wie Wäsche waschen, bügeln oder putzen, weit überschritten ist. Ambulante Pflegedienste stoßen bei ausgebildeten Pflegekräften auf Ablehnung, da diese die niedrigschwelligen Arbeiten aufgrund ihrer höheren Kompetenzen nicht ausführen wollen und zeitlich überlastet werden.

Auch die Abwälzung der Tätigkeiten auf das Ehrenamt als Ersatz für das Hauptamt ist höchst problematisch. Rein statistisch gesehen gibt es dafür auch nicht genügend Ehrenamtler, um die große Arbeit zu bewerkstelligen. Des Weiteren müssen die Versicherungsbedingungen klar sein, was bei Maßnahmen wie der Taschengeldbörse nicht der Fall ist.

Aber auch bei einer Lizenzausweitung auf Agenturen für Haushaltshilfen, bleibt das finanzielle Problem erhalten: Pflegestufe 1 berücksichtigt nämlich lediglich ca. 104 € für niedrighschwellige Angebote. Dies ist für eine regulär beschäftigte Haushaltshilfe ein extrem geringer Betrag (ermöglicht höchstens 1-2 Besuche monatlich).

Als Fazit für die politischen und kommunalen Entscheidungsträger bleibt die Erkenntnis, dass es Angebote gibt, die mit einem negativen Image zu kämpfen haben und nur unzureichend eingebunden werden. Diese Schnittstellenproblematiken sollten durch eine bessere Informationsvermittlung erkannt werden. Schließlich ist es gerade für ältere Personen eine große Erleichterung zu wissen, dass eine Person des Vertrauens immer wieder zu ihnen kommt, statt ständig wechselnde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zur Herstellung von sozialen Kontakten sind aber auch Netzwerke von großer Wichtigkeit, wie **Margret Sönnichsen** in ihrem Vortrag zum Thema „Netzwerk für Ältere - Praxisbeispiele aus Mettmann und Erkrath-Hochdahl“ eindringlich schilderte. Netzwerke bieten einen gesellschaftlichen Anlass und können damit als Plattform für die Interessen von älteren Menschen genutzt werden. Aufgrund des Wandels der Familienformen durch Scheidung, Wegzug der Kinder, Arbeitslosigkeit, Ruhestand, Individualisierung, Wandel des Vereinswesens (Hang zu vielfältigem Engagement statt einem Schwerpunkt) sowie die Zunahme von Singlehaushalten ist der Bedarf an einer anderweitigen Gestaltung von sozialen Kontakten von wachsender Wichtigkeit. Da inzwischen immer mehr Frauen am Erwerbsleben teilnehmen, ist zudem der Wunsch nach eigenständigem Tun nach eigener Karriere besonders ausgeprägt. Versorgungs- und Beziehungs-

netzwerke sind somit gleichermaßen von Bedeutung für die Lebensqualität und damit für das Altwerden in der eigenen Häuslichkeit. Menschen steigen aufgrund der selbst empfundenen Fitness häufig nicht rechtzeitig in Vorsichtsmaßnahmen ein. In Netzwerken besteht allerdings die Möglichkeit des Vergleichs und Austauschs mit anderen. Auf diese Weise wird auch die Wahrnehmung von Gesundheit und Krankheit in den Netzwerken verändert. Dies ermöglicht nicht nur die gegenseitige Hilfe, sondern auch eine gesunde Selbstreflexion. Das Motto heißt hier daher Pro-Aging statt Anti-Aging (= in der Gemeinschaft den Altersprozess positiv gestalten). Mit zunehmendem Altern nimmt das Interesse an Großveranstaltungen ab. Das Herausfinden, was für mich in meinem Alter angemessen ist, ist ein Prozess und kann daher viel besser in kleineren Gruppen entwickelt werden.

Die Praxisbeispiele aus Mettmann und Erkrath-Hochdahl zeigten deutliche Ansatzpunkte für eine Netzwerk-Einrichtung. Für die Gruppengründung wurden zunächst thematische Vorschläge und Ideen gesammelt, die dann anschließend gebündelt und einer Hauptperson zugeordnet wurden. Auf diese Weise wurde die Gruppe durch eine Person repräsentiert, was die Aufteilung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Gruppen erleichterte. Die daraufhin gewählten Gruppensprecherinnen und -sprecher bilden den Rat und damit den Spiegel des Netzwerkes. Sie gewährleisten den Informationsaustausch. Übergeordnet findet sich eine dreifache Vernetzung zwischen den Personen in den Gruppen, den Gruppensprecherinnen und -sprechern sowie dem Träger des Netzwerkes.

Die Netzwerkmitglieder durchlaufen aber auch persönliche Phasen, im Laufe derer sich die Beziehung zu den anderen Mitgliedern verändert und verfestigt:

1. Phase: „Ich für mich“,
2. Phase: „Ich mit Anderen für mich“,
3. Phase: „Ich mit Anderen für Andere“,
4. Phase: „Andere mit Anderen für mich“.

In der Anfangsphase sind vor allem Fortbildungen wichtig, damit sich gute Organisationsstrukturen herausbilden können. Der Mehrwert der Netzwerke als soziales Gut ergibt sich in vielfältiger Weise: angefangen von Hilfen im PC-Bereich, bis hin zu Hilfsangeboten, wie Telefonketten, Patenschaften, Trauerbegleitung etc.. Das „Bitten um Hilfe“ als Hindernis kann in Netzwerken erkannt und aufgefangen werden.

Die Aufgaben des Netzwerkträgers bzw. der Kommune beschränken sich dabei auf wenige Basisaufgaben zur Unterstützung der Koordination und Vernetzung der Gruppen mit der „Außenwelt“. Beispielsweise sollten die Telefonnummern aller Gruppen im örtlichen Amt präsent sein. Die Gruppenentwicklung hingegen wird nicht vom Träger, sondern von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst gestaltet. Auch die Infrastruktur spielt für die Einrichtung kommunikativer Treffpunkte eine Rolle. Wenn möglich, sollten daher Räumlichkeiten und Plätze von Seiten der Kommune zur Verfügung gestellt werden.